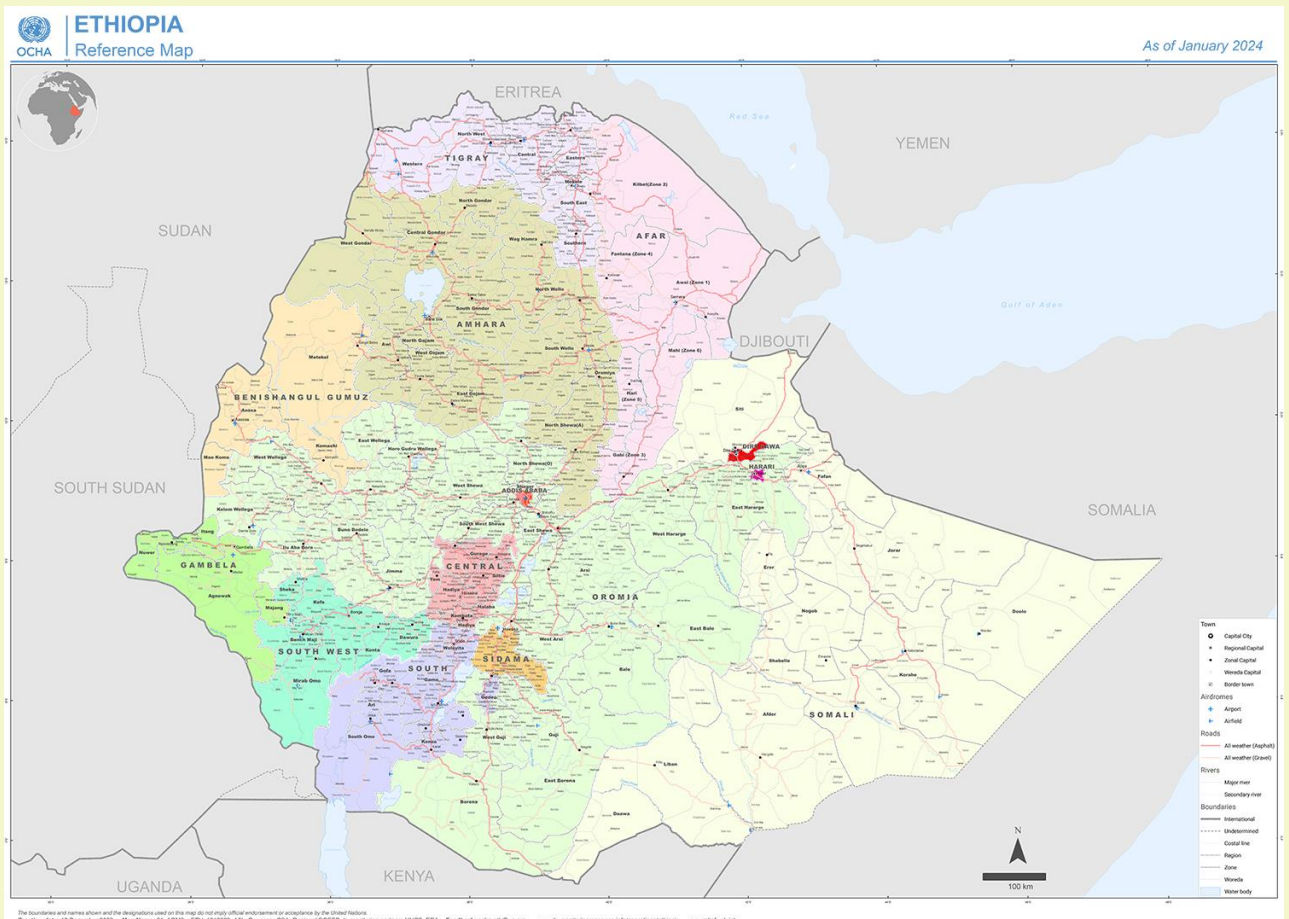


Factsheet: Äthiopien

März 2026



Karte: OCHA, Januar 2024

1 FAKTEN UND ZAHLEN

Bevölkerung

Gemäss Schätzungen zwischen 132 und 135 Millionen. 39 % der Bevölkerung sind jünger als 15 Jahre.

Ethnische Gruppen

Äthiopien ist in ethnischer Hinsicht ein sehr vielfältiges Land, das auf einem ethnisch geprägten Föderalismus basiert. Die Regierung anerkennt mehr als 80 ethnische Gruppen. Die grössten Gruppen sind die Oromo (35,3 %) und die Amhara (26,2 %), daneben insbesondere die Somali (6 %), die Tigray (5,9 %), die Sidama (4,3 %) und andere ethnische Gruppen.

Sprachen

Amharisch ist die Landessprache und wird in den Grundschulen von Addis Abeba und in den meisten grösseren Städten unterrichtet. 2020 wurden neben Amharisch vier Regionalsprachen zu Arbeitssprachen der Bundesregierung erhoben: Oromo (orm), Tigrinya (tir), Somali (som) und Afar (aar).

Verwaltungsgliederung

Äthiopien umfasst derzeit 12 Regionalstaaten, die hauptsächlich auf ethnisch-sprachlicher Grundlage beruhen: Afar, Amhara, Benishangul-Gumuz, Gambela, Harar, Oromia, Sidama (Juni 2020), Somali, Tigray, Southern Nations, Nationalities, Peoples' Region (SNNPR), Südwestäthiopien (November 2021), Südäthiopien (August 2023). Daneben gibt es zwei Städte mit Sonderstatus, Addis Abeba und Dire Dawa.

Religion

Laut der Volkszählung von 2007 gehören 44 % der Bevölkerung der äthiopisch-orthodoxen Kirche an; 34 % der Äthiopier*innen sind sunnitische Muslim*innen und 19 % sind Protestant*innen; die Tigray und Amhara sind mehrheitlich christlich, während die Afar, die Somali und etwa die Hälfte der Oromo Muslim*innen sind.

Politisches System

Ethnischer Föderalismus. Von 1991 bis zum Machtantritt von Abiy Ahmed im Jahr 2018 herrschte die EPRDF (Revolutionäre Demokratische Volksfront Äthiopiens), die von der TPLF (Volksbefreiungsfront von Tigray) dominiert wurde. Im Dezember 2019 wurde die EPRDF aufgelöst und durch die Partei für Wohlstand (EPP) ersetzt. In der EEP vereinigten sich mit Ausnahme der TPLF alle Mitgliedsparteien der EPRDF und ihre Verbündeten: Die ODP, ADP, SEPDM, ANDP, SDP, HNL, BDP und die GPUDM.

2 RISIKOPROFILE

- **Politische Gegner*innen, regierungskritische Personen, Journalist*innen und Medienschaffende.** Regierungskritiker*innen, Medienschaffende und Journalist*innen, die als Dissident*innen wahrgenommen werden, Aktivist*innen in sozialen Netzwerken sowie Anhänger*innen und Sympathisant*innen (einschliesslich ihrer Familienangehörigen) der Oromo-Befreiungsfront (OLF), der Qeerroo, des Oromo Federalist Congress (OFC), der amharischen nationalistischen Parteien (wie NAMA und Baladera), der TPLF oder separatistischer Bewegungen. Im Mai 2021 stuft die äthiopische Regierung die TPLF und die Oromo Liberation Army (OLA) als «terroristische Organisationen» ein. Seitdem werden Anhänger*innen dieser Parteien massiv verfolgt. Im März 2023 wurde die TPLF von der Liste der terroristischen Gruppen gestrichen.
- **Frauen.** In der Region Tigray (einschliesslich der Region Amhara) werden Vergewaltigung, Folter und sexuelle Sklaverei als Kriegswaffe gegen Frauen und Mädchen eingesetzt. Insbesondere unverheiratete Frauen werden Opfer von Diskriminierung sowie von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung). Aktivistinnen sind Opfer von Cybermobbing.
- **Kinder.** Weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat. Junge Mitglieder der Qeerroo und anderer Jugendbewegungen, die an Demonstrationen teilgenommen haben.
- **LGBTIQ+-Personen.** Gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen sind verboten und können mit Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren geahndet werden. Stigmatisierung, Tabus und Diskriminierung sind in der Gesellschaft tief verwurzelt. LGBTIQ+-Personen sind einer Welle von Online-Belästigungen und körperlichen Übergriffen ausgesetzt. Es gibt keinen Schutz vor Diskriminierung oder Hassverbrechen.
- **Angehörige bestimmter ethnischer Gruppen.** Vor allem entlang der Grenzen zwischen den Regionen. Der Kontext und die individuelle Situation sind entscheidende Faktoren. Angehörige der Tigray wurden während des Tigray-Krieges im ganzen Land verfolgt. Menschenrechtsorganisationen sprechen von ethnischen Säuberungen.
- **Eritreische Flüchtlinge.** Personen, die in Flüchtlingslagern in der Region Tigray leben, werden vertrieben und angegriffen oder sind Opfer willkürlicher Verhaftungen, Inhaftierungen und Abschiebungen nach Eritrea. Verhaftung eritreischer Geflüchteter in Addis Abeba im November 2024.

3 JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN

Konflikte und Unterdrückung dauern an

Die Regierung von Premierminister Abiy Ahmed sieht sich weiterhin mit bewaffneten Konflikten konfrontiert, vor allem in den Regionen Amhara und Oromia. In Oromia kam es trotz des am 1. Dezember 2024 geschlossenen Abkommens zwischen den regionalen Behörden und einer Fraktion der OLA, das die Gewalt vorübergehend etwas verringerte, auch in den Jahren 2025 und 2026 weiterhin zu Gewalt und Übergriffen gegen Zivilpersonen. In der Region Amhara verschärften sich die Spannungen zwischen der Regierung und den Fano-Milizen nach dem Friedensabkommen (Pretoria-Abkommen) im November 2022. Diese Auseinandersetzungen führten 2023 zu einem offenen Aufstand, der auch in den Jahren 2024 und 2025 anhielt. Trotz der formellen Aufhebung des Ausnahmezustands im Juni 2024 hielten die Zusammenstöße, massenhafte willkürliche Inhaftierungen und andere schwere Menschenrechtsverletzungen an. Den Regierungstruppen wird insbesondere aussergerichtliche Hinrichtungen, Folter, sexualisierte Gewalt und Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen vorgeworfen. Auch die Fano-Milizen waren an schweren Übergriffen auf Zivilpersonen und zivile Einrichtungen beteiligt.

Konflikt in Oromia

In Oromia sehen sich die äthiopischen Regierungstruppen weiterhin mit dem bewaffneten Aufstand der Oromo-Befreiungsarmee (OLA) konfrontiert. Trotz des am 1. Dezember 2024 mit einer abtrünnigen Fraktion der Bewegung geschlossenen Abkommens hielt die Gewalt im Jahr 2025 an und wird auch im Jahr 2026 weiterhin dokumentiert. Die Zivilbevölkerung ist weiterhin schweren Misshandlungen ausgesetzt, darunter willkürlichen Verhaftungen, Folter, aussergerichtlichen Hinrichtungen, sexualisierter Gewalt, Entführungen und Erpressung, und dies in einem Klima anhaltender Straflosigkeit. Beide Konfliktparteien werden schwerer Verstösse gegen die Zivilbevölkerung beschuldigt.

Tigray: anhaltende Instabilität

In Tigray wird die Umsetzung des Pretoria-Abkommens von 2022 durch interne Rivalitäten innerhalb der TPLF sowie durch ungelöste Sicherheits- und Territorialfragen erheblich behindert. Im Jahr 2025 haben die Spaltungen zwischen den tigrayischen Fraktionen die politische Instabilität verschärft. Anfang 2026 kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen der äthiopischen Bundesarmee und tigrayischen Kräften im Nordwesten von Tigray, wobei laut UN-Berichten Drohnen und Artillerie zum Einsatz kamen und Verhaftungen gemeldet wurden. Darüber hinaus bleibt der Westen von Tigray ein ungelöster Territorialstreit. UN-Quellen und HRW berichteten auch 2025 über die Präsenz eritreischer Streitkräfte in Tigray und über die von ihnen begangene Menschenrechtsverletzungen; darunter sexualisierte Gewalt, Entführungen, willkürliche Verhaftungen und Plünderungen. Gleichzeitig haben sich die Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea Anfang 2026 weiter verschlechtert, wobei Addis Abeba Asmara militärische Aggression und die

Unterstützung bewaffneter Gruppen vorwirft, was die Befürchtungen einer erneuten Eskalation in der Region schürt.

Vertreibungen

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) gab es in Äthiopien am 31. Dezember 2025 mehr als 1,9 Millionen Binnenvertriebene, von denen die Mehrheit aus den Regionen Tigray und Oromia und in geringerer Masse aus den Regionen Amhara und Afar stammt. Seit Mai 2024 konnten Hunderttausende Menschen zurückkehren, vor allem nach Tigray und in die Region Amhara. Die Gesamtzahl der zurückgekehrten Binnenvertriebenen beläuft sich auf 2,8 Millionen. Konflikte sind nach wie vor der Hauptgrund für die Vertreibungen. Am 28. Februar 2026 beherbergte das Land zudem fast 1,1 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende, die hauptsächlich aus dem Südsudan, Somalia und Eritrea stammen.

Humanitäre Lage

Anfang 2026 sieht sich Äthiopien weiterhin mit einer komplexen humanitären Krise konfrontiert, die durch Konflikte, massive Vertreibungen, wiederkehrende Klimakatastrophen, Epidemieausbrüche und eine schwere Finanzierungskrise verschärft wird. Im Jahr 2025 richtete sich der humanitäre Hilfsplan an etwa 10 Millionen Menschen. Im April 2025 kündigte das Welternährungsprogramm die Einstellung der Ernährungshilfe für 650'000 Frauen und Kinder aufgrund fehlender Finanzmittel an und warnte, dass 3,6 Millionen Menschen Gefahr liefen, den Zugang zu Nahrungsmittel- und Ernährungshilfe zu verlieren. Der humanitäre Zugang wird durch Unsicherheit, Zugangsbeschränkungen und den Rückgang internationaler Finanzmittel weiterhin stark behindert. In Amhara schränken anhaltende Gewalttaten weiterhin humanitäre Einsätze ein, insbesondere in schwer zugänglichen ländlichen Gebieten. In Tigray sind die Lebensbedingungen der Vertriebenen aufgrund der reduzierten humanitären Präsenz, Versorgungsengpässen und fehlender Ressourcen nach wie vor sehr prekär. Ende 2025 waren dort noch immer mehr als 740'000 Menschen auf der Flucht.

Unterdrückung kritischer Stimmen und Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums

Die Regierung geht weiterhin gegen als regimekritisch geltende Personen vor und schränkt den zivilgesellschaftlichen Raum ein. Laut *Reporter ohne Grenzen* (RSF) sind die meisten Fortschritte bezüglich der Pressefreiheit zunichte gemacht worden. Besonders der Konflikt in der Region Amhara hat die Angst vor Repressalien gegen Journalist*innen geschürt; fünf von ihnen befinden sich weiterhin in Haft. Im Vorfeld der Wahlen im Juni 2026 sind Beobachter*innen besorgt über die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums, insbesondere über willkürliche Verhaftungen von Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen sowie die Schikanierung unabhängiger Medien.

4 PRAXIS DER SCHWEIZER BEHÖRDEN

Schutzquote

Gemäss den Zahlen des SEM haben im Jahr 2025 981 Äthiopierinnen und Äthiopier ein Asylgesuch gestellt. Die Asylbewilligungsquote lag bei 19,8 %, während die Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen) bei 50,5 % lag. Die bereinigte Asylbewilligungsquote (ohne Nichteintretensentscheide) betrug 29,4 % und die bereinigte Schutzquote 74,9 %.

Für die ersten beiden Monate des Jahres 2026 zeigen die Zahlen des SEM, dass 109 Äthiopierinnen und Äthiopier einen Asylantrag gestellt haben. Für diesen Zeitraum beträgt die Asylquote 16,7 % und die Schutzquote von 37,8 %. Die bereinigte Asyl-, und Schutzquote liegt bei 31,3 % respektive 70,8 %.